

zunächst einmal eine Frage an die Vertreter von Greenpeace und Friends of the Earth in der CERRIE-Kommission, Peter Roche und Dr. Day. Sie sollten insbesondere sagen, warum sie anscheinend bereit sind, den Unsinnbericht der CERRIE-Kommission zur Leukämie bei Säuglingen nach Tschernobyl zu unterzeichnen. Wenn die Bezugsgröße jetzt eine Steigerung von 40 Prozent bei einer Dosis von 10.000 Mikrosievert ist, wie kann dies mit einem 48-prozentigen Anstieg bei 100 Mikrosievert zusammenpassen? Das aber behauptet der Hauptbericht und da uns Roche und Day in letzter Minute in den Rücken gefallen sind, wurde die entgegengesetzte Meinung zusammen mit etlichem anderen ausgeschlossen. Daher entspricht der Abschlußbericht nicht dem Auftrag der Kommission.“

Der Abschlußbericht der CERRIE-Kommission gesteht zu, daß ein starker Anstieg der Säuglingsleukämien nach Tschernobyl aufgrund der Strahlungsdosen auf die Föten zu erwarten war. Er gesteht auch zu, daß die Bezugsgröße sich vergrößert hat auf ein um 40 Prozent erhöhtes Risiko bei einer Dosis von 10.000 Mikrosievert, ermittelt aus Untersuchungen bei geburtshilflichen Röntgenaufnahmen.

Die Dosen in Griechenland aus dem Unglück von Tschernobyl betragen 200 Mikrosievert, aber die Säuglingsleukämie stieg dort um 160 Prozent an. In Deutschland lagen die Dosen bei 100 Mikrosievert und der Anstieg lag bei 48 Prozent. In Wales und Schottland betragen die Dosen um 80 Mikrosievert und der Anstieg war größer als 200 Prozent. Der Abschlußbericht der CERRIE-Kommission bemerkt nicht, daß diese Daten eine ernsthafte Infragestellung der Grundannahme des konventionellen Risikomodells ist, daß das Krebsrisiko linear oder genau proportional zur Dosis sei, kritisiert LLRC.

LLRC steht mit seiner Kritik an den ICRP-Modellen nicht allein. Zwei Mitglieder der russischen Akademie der Wissenschaften, die Professoren Yablokov und Burlakova, die im Juli 2003 an einem dreitägigen CERRIE-Seminar in Oxford teilnahmen, wiesen darauf hin, daß es in Rußland tausende von Studien gebe, die für die Kommissionsarbeit von Bedeutung wären und daß es sinnvoll sei, zumindest deren Zusammenfassungen zu übersetzen. Die Kommission hat dies ignoriert, aber LLRC hat einige Mittel für die Zusammenfassung derjenigen russischen Studie bereitgestellt, die bereits auf Englisch

zur Verfügung standen. Diese Zusammenfassungen sind ebenfalls Bestandteil des Minderheitenberichts. Sie zeigen eine große Bandbreite von gesundheitlichen Auswirkungen des Tschernobyl-Unfalls. Die Autoren, darunter Mitarbeiter von Ministerien, Kliniken, Forschungsinstituten und Universitäten, kritisieren häufig die Modellbildung der ICRP und Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) und die Europäische Kommission dafür, daß diese die offenkundige Verbindung zwischen radioaktiver Verschmutzung und beobachteten Krankheiten negieren. Der Minderheitenreport enthält auch einen kurzen Bericht über eine internationale Konferenz in Kiew im Jahre 2001 über die Auswirkungen von Tschernobyl, bei der Reporter des schweizerischen Fernsehens die Unterdrückung von Resolutionen, die die Konferenz verabschiedet hatte, filmen konnten.

Dr. Chris Busby sieht das Motiv für die Unterdrückung von Material, welches viel von der dreijährigen Arbeit von CERRIE in Anspruch genommen habe, darin, daß es bei seiner Veröffentlichung in einem offiziellen Bericht eine Flut von Gerichtsverfahren

gegen die Regierung nach sich ziehen und Aussichten auf eine neue Generation der Kernergietechnik zerstören würde.

Der Hauptbericht der CERRIE-Kommission wurde am 20. Oktober 2004 veröffentlicht. In ihm wird unter anderem eine Abhängigkeit der Strahlenwirkungen von der Art der jeweiligen Radionuklide konstatiert (Alpha-, Beta-Strahler, Auger-Elektronen). Auch den Bystander Effekt auf benachbarte Zellen und die genomische Instabilität hält der CERRIE-Hauptbericht für reale biologische Effekte. Andererseits weist die Kommission aber unter anderem unterschiedliche Wirkungsweisen bei fraktionierter Bestrahlung (Second Event Theory), von natürlichen und künstlichen Radionukliden und die Möglichkeit biphasischer Dosis/Wirkungsreaktionen zurück.

Richard Bramhall, Chris Busby, Paul Dorfman, CERRIE Minority Report 2004, Minority Report of the UK Department of Health/Department of Environment (DEFRA) Committee Examining Radiation Risk from Internal Emitters (CERRIE), Sosiumi Press Aberystwyth 2004, 171 Seiten, £UK 25,-, US\$ 30,-, EUR 30,-. Bestell-E-Mail an: [SiteManager@llrc.org](mailto:SiteManager@llrc.org)

## Kinderleukämien bei Geesthacht und in der Elbmarsch

### Die Herren Wichmann und Greiser schrieben der niedersächsischen Leukämiekommission einen Schlußbericht und trauten sich nicht, ihn ihren Kommissionskollegen zu zeigen

Sechs Wochen nach dem öffentlich vollzogenen Rücktritt des Vorsitzenden und der Mehrheit der Mitglieder der schleswig-holsteinischen Fachkommission zur Ursachenaufklärung der Leukämieerkrankungen bei Geesthacht und in der Elbmarsch trat am 10. Dezember 2004 der Sprecher der niedersächsi-

sehen Expertenkommission, Prof. Dr. Dr. H.-Erich Wichmann, Direktor des Instituts für Epidemiologie am GSF-Forschungszentrum in Neuherberg bei München, vor die Presse. Während die schleswig-holsteinischen Experten aus Protest gegen die Verschleierungspolitik der schleswig-holsteinischen Aufsichts-

behörde und die Haltung der Landesregierung Schleswig-Holsteins ihr Amt niederlegten (Strahlentelex hatte ausführlich berichtet), erschien Wichmann nun unter der Aufsicht des Staatssekretärs Gerd Hoofe vom niedersächsischen Landesministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vor der Presse.

Gemeinsam mit Prof. Dr. Eberhard Greiser, Direktor des Bremer Instituts für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) und Sprecher einer der niedersächsischen Expertenkommission beigestellten „Arbeitsgruppe Belastungsindikatoren“, hatte Wichmann nun ebenfalls einen Abschlußbericht verfaßt, in dem beide anders als ihre schleswig-holsteinischen Kolleginnen und Kollegen feststellen, „dass keine Belege für den nahe liegenden Verdacht gefunden werden konnten, es gäbe einen ursächlichen Zusammenhang zwischen den bei Kindern aus dem 5-km-Radius um die Nu-



Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte  
für die Verhütung des Atomkrieges,  
Ärzte in sozialer Verantwortung  
Körtestr. 10, 10967 Berlin  
Tel. +49 30 698 0740, Fax +49 30 693 8166

### Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.

Dr. Sebastian Pflugbeil, Präsident  
Gormannstr. 17, 10119 Berlin  
tel. +49-30-4493736, fax +49-30-44342834  
Pflugbeil.KvT@t-online.de

#### Offener Brief

An die  
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein  
Dr. Gitta Trauernicht  
Adolf-Westphal-Str. 4  
24143 Kiel

nachrichtlich:  
an die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig Holstein Frau Heide Simonis  
an die Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit des Landes Niedersachsen  
Frau Dr. Ursula von der Leven

Berlin, den 1. Dezember 2004

Sehr geehrte Frau Ministerin,

wir beziehen uns auf den Abschlussbericht des Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen Wissenschaftlichen Fachkommission Leukämie Prof. Dr. Otmar Wassermann vom 15.9.2004 und erlauben uns als fachliche und finanzielle Förderer von dort genannten Untersuchungen im Raum Geesthacht, folgende Fragen zu stellen:

- 1) Welche Maßnahmen gedenkt das Ministerium zu ergreifen, um die Ursache der anhaltenden Leukämieerhöhung bei Geesthacht zu ermitteln und zu beseitigen?
- 2) Unfall im September 1986: eine ungewöhnlich hohe radioaktive Kontamination der bodennahen Luft ist auf dem Gelände des Kernkraftwerks Krümmel am 12.9.1986 von Betreibern und Atomaufsicht ermittelt worden. Die Erklärung der Aufsichtsbehörde, es habe sich um einen Aufstau natürlichen Radons gehandelt, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die wahre Ursache dieser Kontamination aufzuklären?
- 3) Welche Erklärung hat das Ministerium dafür, dass zum gleichen Zeitpunkt eine stark erhöhte Oberflächenstrahlung (Beta) in Obermarschacht gemessen wurde und Spaltprodukte in Gras und Elbsedimenten nahe GKSS auftraten?
- 4) Die KFÜ-Station 3/09 zeigt im Jahr 1986 ab der 37. Woche (nicht der 38.!), in der der 12.9. liegt, einen Ausfall, der mit „ungeplante Stationsverlegung nach Brand am ursprünglichen Aufstellungsort“ kommentiert wurde. Nach Angabe im Bericht der Fachbeamtenkommission vom März 1992 war der Standort „GKSS Tesperhude“. Wo befand sich dieser Standort genau und welche Belege gibt es für dieses Brandereignis?
- 5) Zwischen GKSS und dem Gelände des Kernkraftwerks Krümmel befindet sich ein etwa 100 m breites Areal mit Brandspuren. Dieses wurde neuerdings mit einem hohen Zaun versehen und die Bäume wurden dort gerodet. Durch welches Ereignis sind die dortigen Brandspuren entstanden?
- 6) Herr Dr. Wolter, der langjährige Referatsleiter der Abteilung Reaktorsicherheit, hat als Mitarbeiter eines Sachverständigenbüros und angeblich unabhängiger Gutachter Expertisen für das Ministerium zur Widerlegung von Kommissionsbefunden angefertigt und somit seine eigene Behördentätigkeit begutachtet<sup>1</sup>. Wie bewertet das Ministerium heute diese Vorgehensweise? Ist es beabsichtigt, weitere Gutachten von Dr. Wolter oder anderen ehemaligen Mitarbeitern der Atomaufsicht einzuholen und mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren?
- 7) Wie erklärt das Ministerium, dass die zunächst bestrittenen Befunde über Americium und Plutonium in Dachstaub aus der Elbmarsch durch Untersuchungen in einem Fachlabor in Krakau bestätigt wurden? (Es wurde der Nachweis geführt, dass die aufgefundenen Transurane weder durch Atomwaffenfallout noch durch Tschernobyl erklärbar sind, s. Health Physics 47, 2003, 599-607.)
- 8) In der von der Aufsichtsbehörde in Auftrag gegebenen Plutoniumuntersuchung an Dachstaub in der Universität Mainz ergaben sich exakt die gleichen Konzentrationen und Isotopenverhältnisse in einigen Elbmarsch- und Kontrollproben (Strahlentelex Nr. 332-333 v. 2.11.00). Welche Erklärung haben Sie für diesen offensichtlich fragwürdigen Umstand? (In kriminaltechnischen Untersuchungen kann die selbe Stoffzusammensetzung zur Feststellung des selben Herkunftsortes dienen.)
- 9) Aus Messungen verschiedener Labors (ARGE PhAM, Isotopenlabor Göttingen, Universität Bremen, GKSS, Nieders. Landesamt für Ökologie) ergibt sich, dass in der Umgebung der Geesthachter kerntechnischen Anlagen angereichertes Uran vorliegt. In unbelasteten Gebieten dürften keine Abweichungen vom konstanten natürlichen Verhältnis der Uranisotope 235 und 238 vorkommen. Weshalb ignoriert man daher diese Belege für den Eintrag von Kernbrennstoffen? (IPPNW/BI gegen Leukämie in der Elbmarsch: Die radioaktive Belastung der Nahumgebung der Geesthachter Atomanlagen durch Spaltprodukte und Kernbrennstoffe, Marschacht, 14.10.2002)
- 10) Bestreitet das Ministerium weiterhin die Existenz der von ARGE PhAM gefundenen Kernbrennstoffkügelchen? Welche Erklärung hat es für die vom Labor PASS in Gießen aufgenommenen Massenspektren an solchen Kügelchen, die Plutonium und Americium zeigen? Aus welchem Grund wird die Mitteilung von Prof. Ensinger, Marburg, vom 31.5.01 an die Aufsichtsbehörde ignoriert, er habe in einem der Partikel große Mengen des Nuklids Americium-243 gefunden? Welche Untersuchungen wurden veranlasst, um die Kügelchen zu separieren und die Zusammensetzung der verschiedenen von ARGE PhAM angegebenen Kügelchenfraktionen festzustellen?
- 11) ARGE PhAM erklärt das Auftreten der Kernbrennstoffe bei Geesthacht durch Experimente mit Hybridsystemen. In solchen Hybridsystemen werden Kernfusions- und Kernspaltungsreaktionen gemeinsam ausgenutzt, d.h. es werden sowohl Fusionsmaterialien (Tritium, Lithium, Beryllium) als auch Spaltstoffe eingesetzt. Welche Erklärung hat das Ministerium für die in Massenspektren aufgefundenen Lithium- und Berylliumgehalte des "PAC"-Materials und die in Bäumen nachgewiesenen Tritiumerhöhungen?

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. med. Angelika Claußen  
Stellv. Vors. IPPNW – Deutschland

gez. Dr. Sebastian Pflugbeil  
Präsident d. Gesellschaft für Strahlenschutz

<sup>1</sup> Sachverständigenbüro für Strahlenschutzanalytik, Strahlenschutztechnik und Katastrophenschutz SAST: Behauptete Befunde von Kernbrennstoffpartikeln in der Umgebung von KKK/GKSS. Bearbeiter Dipl.-Phys. Dr. W. Wolter, Dipl.-Phys. D. Knoll. Bericht. Jork, November 2001

klearanlagen von Geesthacht gehäuft auftretenden Leukämiefällen und den Emissionen dieser Anlagen beim bestimmungsgemäßen Betrieb“. „Kerntechnische Unfälle mit massiven Radioaktivitätsfreisetzungen im interessierenden Zeitraum“ hätten sie „ebenfalls nicht ermitteln“ können. Und: „Angesichts des Umfangs der bereits durchgeführten Untersuchungen sowie Begutachtungen und der Zeit, die seit dem Auftreten der Leukämiehäufung bei Kindern aus der Samtgemeinde Elbmarsch vergangen ist“, sähen sie, die Sprecher der niedersächsischen Expertenkommission und der Arbeitsgruppe Belastungsindikatoren, „derzeit keinen Ansatz für ein Erfolg versprechendes Fortsetzen ihrer Ermittlungstätigkeit.“ Dieses Fazit, betonte dazu das niedersächsische Sozialministerium in seiner Presseerklärung am 10. Dezember 2004, werde „von der Niedersächsischen Landesregierung in allen Punkten geteilt“. Und es formulierte: „Es gibt keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen den fünf Kilometer rund um Geesthacht aufgetretenen Leukämiefällen und dem Betrieb des GKSS-Forschungszentrums sowie des Kernkraftwerks Krümmel.“ Wichmann mußte auf Nachfrage eines aufmerksamen Journalisten zugestehen, daß diese ministerielle Aussage durch seinen Abschlußbericht nicht gestützt wird. Tatsächlich besteht ein wesentlicher erkenntnistheoretischer Unterschied zwischen „nicht gefunden“ und „es gibt kein“.

Staatssekretär Hoofe ergänzte: „Wir bedauern, dass die Ursache der Erkrankungshäufung bei Kindern aus der Samtgemeinde Elbmarsch trotz enormer Bemühungen der Experten nicht aufgeklärt werden konnte“.

Ihren Bericht hatten Wichmann und Greiser in einsamer Arbeit verfaßt. Die übrigen 26 Mitglieder der Kommission und der Arbeitsgruppe durften

ihn vor der Veröffentlichung nicht einmal lesen. Die Mitglieder Prof. Dr. Horst Kuni, Nuklearmediziner in Marburg, und Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Medizininformatikerin in Bremen, die zufällig von Wichmanns in Hannover angesetzter Pressekonferenz erfahren hatten, zeigten sich deshalb „auf das Höchste irritiert, dass die Meinung der weiteren Sachverständigen in den Kommissionen nicht eingeholt und ihnen der Bericht auch nicht zur Kenntnis gegeben wurde.“ Dies müsse wohl damit zusammenhängen, so vermuten sie, „dass einige Mitglieder die Auffassung vertreten, dass die Erkrankungen durch in der Umgebung noch nachweisbare radioaktive Kontaminationen erzeugt wurden.“ Dazu hatten diese Kommissionsmitglieder Indizien in Form von zahlreichen Meßergebnissen und Gutachten bereitgestellt. Schmitz-Feuerhake und Kuni erinnern an ein Unfallereignis mit womöglich militärischem Hintergrund im September 1986, das das Gelände des Atomkraftwerks Krümmel tausendfach höher kontaminiert hatte als im Frühjahr des selben Jahres der Fallout aus Tschernobyl.

### Die Kinder erkranken weiter an Leukämie

Die erhöhte Rate kindlicher Leukämien in unmittelbarer Nähe der Geesthachter Atomanlagen ist ein anhaltendes Problem. Es begann mit einem steilen Anstieg in den Jahren 1990/91 in der Elbmarsch auf dem niedersächsischen Elbufer. Nach Aussage des Kinderkrebsregisters der Universität Mainz hält die statistisch auffällige Leukämieerhöhung bei Kindern bis heute an. Darauf weist die Gesellschaft für Strahlenschutz in einer Mitteilung vom 15. Dezember 2004 erneut hin. Indem Wichmanns und Greisers Bericht zu dem Ergebnis kommt, daß das Leukämiephänomen Zufall sein müsse und behauptet wird, kindliche Leukämien träten grundsätzlich in

Clustern auf, die weltweit aufzufinden wären, falle der Bericht weit hinter den bereits erreichten wissenschaftlichen Erkenntnisstand zurück, erklären die Professoren Inge Schmitz-Feuerhake, Bremen/Köln, Edmund Lengfelder, München, Horst Kuni, Marburg, Wolfgang Köhnlein, Münster, Otmar Wassermann, Kiel, und der Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Dr. Sebastian Pflugbeil, Berlin. Clusteranalysen in Westdeutschland hätten ergeben, daß eine Abweichung der Leukämiehäufigkeit bei Kindern von einer statistischen Zufallsverteilung (Poissonverteilung) nicht gegeben ist: „Real ist das Krümmelcluster nach Analyse des Deutschen Kinderkrebsregisters in Mainz statistisch weit herausragend. Die Autoren gaben die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche Häufung zufällig auftritt, mit 1:3000 an (dabei waren nur die Fälle bis 1994 berücksichtigt).“<sup>1</sup>

In der Mitteilung der Gesellschaft für Strahlenschutz wird zudem auf einen Brief von P. Kaatsch vom Deutschen Kinderkrebsregister vom 6. Oktober 2003 an das niedersächsische Sozialministerium verwiesen, in dem der Autor es als „sehr erschreckend“ be-

zeichnet, „dass immer wieder ein weiterer Erkrankungsfall auftritt.“ „Selbst wenn man die statistisch deutlich auffällige Häufung der Erkrankungsfälle aus dem Anfang der neunziger Jahre weglässt, zeigen unsere aktuellen Daten erneut eine statistisch auffällig erhöhte Zahl der Erkrankungen für die unmittelbare Nähe des KKW.“ Und: „Wir sollten die Region daher auf jeden Fall weiterhin sorgfältig beobachten.“

Schmitz-Feuerhake, Lengfelder, Kuni, Köhnlein, Wassermann und Pflugbeil „empfinden es nur als peinlich, dass in dem Abschlussbericht sogar eine ‚besondere Leukämieempfindlichkeit der betroffenen Wohnbevölkerung‘ als mögliche Ursache angegeben wird, ohne den geringsten Hinweis für diese Vermutung zu besitzen.“ Der Abschlußbericht erfülle nicht die einfachsten Ansprüche, die an eine wissenschaftliche Arbeit zu stellen sind, in dem Text des Berichtes gebe es keine Quellenangaben. Damit werde eine Nachvollziehbarkeit der Schlußfolgerungen unmöglich gemacht. Eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den Indizien für eine Radioaktivitätsursache, die eine inzwischen große Gruppe von Fachleuten aufgrund von Messungen und Gutachten zusammengetragen hat, erfolge nicht. Das Ministerium werde daher den Fall nicht wie gewünscht ad acta legen können und die Fachwelt wird aufgefordert, die beteiligten Wissenschaftler in ihren Bemühungen um Ursachenaufklärung und -beseitigung zu unterstützen.

### Grüne: „Heraushalten!“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Energie von Bündnis 90/Die Grünen hat sich am 11. Dezember 2004 in Berlin mit der Entwicklung in Sachen Leukämiehäufung in der Elbmarsch befaßt: „Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe von Parteigremien sein, in einem komplexen

Streitfall wie der Ursachenermittlung der Leukämiefälle zu einer eigenen inhaltlichen Festlegung zu kommen“, erklärt der BAG-Sprecher Hartwig Berger. „Gerade darum aber dringen wir als Fach-Arbeitskreis darauf, dass die Konflikte um die Klärung dieser Frage ernstgenommen werden und dass eine ernsthaft um Aufklärung bemühte Debatte um die Ursachen nicht im Sande verläuft.“

Mehr als befremdet sei man über den Verlauf der Dinge in Niedersachsen. Es sei aus Sicht der BAG eine Farce, wenn der Vorsitzende der dortigen Leukämiekommision „seinen“ Abschlußbericht der Öffentlichkeit vorstellt, ohne ihn zuvor mit den anderen Kommissionsmitgliedern abgesprochen, ja, ohne ihnen überhaupt Einsicht in diesen Bericht gewährt zu haben. Die BAG empfehle den niedersächsischen Grünen, auf eine Fortsetzung der Arbeit der Kommission zu dringen, zumal das Ausgangsproblem – die Häufung von Leukämie in der Elbmarsch – unstrittig sei.

„Wir sind ebenfalls sehr besorgt über den Verlauf des Konflikts in Schleswig-Holstein“, heißt es in der Erklärung der grünen Arbeitsgemeinschaft weiter. Wenn die Mehrheit der Leukämiekommision, bestehend aus fachlich kompetenten und renommierten Hochschullehrern, zu Schlußfolgerungen über die Ursachen der Leukämieerkrankungen komme, müßten diese ernstgenommen und öffentlich diskutiert werden. Darum bitte die BAG insbesondere die Grünen in Schleswig-Holstein, sich für eine gründliche und offene Beantwortung des Fragenkatalogs einzusetzen, die die Internationale Ärztevereinigung IPPNW und die Deutsche Gesellschaft für Strahlenschutz gemeinsam an die verantwortliche Ministerin in Schleswig-Holstein geschickt hat.

Zum weiteren Umgang mit dem Konflikt hatte BAG-

<sup>1</sup> J. Breckow, W. Geuer, E. Kvasnicka: Regionale Verteilungsmuster der Leukämiehäufigkeiten bei Kindern in Westdeutschland 1975-1990, *Gesundh.-Wes.* 57(1995)69-74

U. Kaletsch, P. Kaatsch, J. Michaelis: Jahresbericht 1995 des Deutschen Kinderkrebsregisters. IMSD, Joh. Gutenberg-Universität Mainz, Juli 1996

U. Kaletsch, G. Haaf, P. Kaatsch, F. Krummenauer, F. Meinert, A. Miesner, J. Michaelis: Fallkontrollstudie zu den Ursachen von Leukämie bei Kindern in Niedersachsen. IMSD, Joh. Gutenberg-Universität Mainz, Mainz Juli 1995

T. Westermeier, J. Michaelis: Applicability of the Poisson distribution to model the data of the German Children's Cancer Registry. *Radiat. Environ. Biophys.* 34(1995)7-11

Sprecher Hartwig Berger seit geraumer Zeit „ein Verfahren der kritischen wissenschaftlichen Disputation“ vorgeschlagen, dem sich die BAG nun insgesamt anschließt: „Analog einem Gerichtsverfahren (aber ohne gerichtliche Entscheidungskompetenz)“ werde beiden Seiten im wissenschaftlichen Konflikt „zugemutet, ihre wesentlichen Hypothesen, Theorien, empirischen Befunde, die Interpretation der Befunde und vor allem ihre (zumeist impliziten) Hintergrundannahmen vorzulegen und zur Diskussion – auch gegeneinander – zu stellen.“ Dieses Verfahren müsse von einem „kompetenten und vor allem in Wissenschaftstheorie und analytischem Denken geschulten Gremium unabhängiger Persönlichkeiten geleitet und moderiert werden, das zum Abschluß eine (sicher nicht endgültige) Urteilsfindung versucht“. Die grüne

Arbeitsgemeinschaft stellt sich die Durchführung im Rahmen einer Akademie der Wissenschaften als gute Möglichkeit vor. Berger: „Wir empfehlen dringend, bei künftigen empirischen Untersuchungen in der Sache immer beide streitenden wissenschaftlichen Parteien einzubinden, während sich die Staatsseite heraushalten sollte. Den staatlichen Organen empfehlen wir dringend, im Streitfall nicht weiter als Partei für oder gegen einen Teil der Leukämie-Kommission aufzutreten und zur Rolle der Moderatorin zurückzufinden“. Es sei „nicht die Aufgabe von staatlichen Institutionen – und erst recht natürlich nicht von Parteien –“ in wissenschaftlichen Kontroversen Partei zu ergreifen, finden Berger und seine Parteikolleginnen und Kollegen. Sie scheinen nicht zu bemerken, daß sie damit ein Grundelement grüner Theorie und

Praxis in der Umwelt- und Atompolitik aufgeben.

### **Die schleswig-holsteinische Sozial- und Gesundheitsministerin Dr. Gitta Trauernicht soll Stellung beziehen**

Die Gesellschaft für Strahlenschutz und die Ärzteorganisation IPPNW wollen wissen, wie es nun nach dem Rücktritt der schleswig-holsteinischen Leukämiekommission weitergeht. In einem offenen Brief vom 6. Dezember 2004 an Schleswig-Holsteins Sozial- und Gesundheitsministerin Dr. Gitta Trauernicht äußern sie die Besorgnis, daß eine Aufklärung wegen der anhaltenden Ablehnung der Ergebnisse der Kommission durch die Landesregierung unmöglich gemacht werde. Sie möchten wissen, „welche Maßnahmen das Ministerium plant, um die Ursachen für die anhaltende Erhöhung der Erkrankungen

zu ermitteln und zu beseitigen“. Sie weisen auf eine Vielzahl von Fragen hin, deren Beantwortung das zuständige Ministerium bisher verweigert hat sowie auf die Befangenheit der federführenden Reaktoraufsichtsabteilung und erklären ihr Unverständnis darüber, daß die Landesregierung die Untersuchungen unabhängiger und erfahrener Laboratorien an deutschen und ausländischen Universitäten nicht ernstnimmt. Die sechs Mitglieder der Kommission um den Vorsitzenden Prof. Dr. Otmar Wassermann gehen davon aus, daß die Erkrankungen der Kinder auf ein Überlappen von Emissionen aus dem Atomkraftwerk Krümmel und bisher geheimgehaltenen kerntechnischen Sonderexperimenten zurückzuführen sind. ●

## **Berufskrankheiten**

### **Die Ermittlung der Strahlenbelastung bei der SDAG Wismut ist heute immer noch Geheimsache**

**Für die Veröffentlichung der sogenannten Job-Exposure-Matrix (JEM) und ihrer Grundlagen streitet der Strahlenexperte der Gewerkschaften, Dr. Gerd Georg Eigenwillig im November-Heft 2004 des Zentralblattes für Arbeitsmedizin, Arbeitsschutz und Ergonomie. Detailliert weist Eigenwillig auf Fehler und Schwächen bei den Ermittlungen der Strahlenbelastung von Beschäftigten der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut hin, wie sie heute im Rahmen von Anerkennungsverfahren für Berufskrankheiten durchgeführt werden. Das Bewer-**

**tungsschema, die sogenannte Job-Exposure-Matrix, ihre Eingangsdaten und die Methode ihrer Erstellung wurden bisher nicht von der Berufsgenossenschaft veröffentlicht, entziehen sich daher der Diskussion und machen ihre Überprüfung unmöglich, rügt Eigenwillig.**

In Sachsen und Thüringen wurde von 1946 bis 1990 Uranerz von der SDAG Wismut gefördert. Von 1946 bis 1954 wurden keine Konzentrationsmessungen von Radon und Radon-Zerfallsprodukten zum Strahlenschutz für die Beschäftigten durchgeführt. Die Strahlenbelastung kann für diesen Zeitraum deshalb nur mit Hilfe von Modellen retrospektiv ermittelt werden,

erklärt Eigenwillig. Dabei muß die Entstehungsgeschichte der Bergbauobjekte beachtet werden. So entstand etwa das Bergbauobjekt 09 bei Schlema-Alberoda im Erzgebirge durch Teilung des Objektes 02. Zwischen beiden Objekten bestanden auf fast allen Sohlen Verbindungsbauwerke, die Grubengebäude gingen ineinander über. Heute wird jedoch unterstellt, das Objekt 09 sei im Revier Niederschlema-Alberoda als Neuaufschluß ohne Verbindung zu bestehenden Bergwerken begonnen worden. Das ist falsch, rügt Eigenwillig, die Expositionen durch Radon und Radonzerfallsprodukte werden deshalb heute zum Beispiel für das Bergbauobjekt 09 vor dem Jahr 1955 systematisch zu niedrig angesetzt.

Erst Ende 1954 wurde in der Wismut ein Zentraler Dosimetrischer Dienst gegründet. Er stand unter sowjetischer Leitung und bestand aus 16, 1956 aus 18 Personen. Erst 1957 wurden mehrere objektbezogene dosimetrische Dien-

ste gebildet. Messungen wurden nur in wenigen Schächten der jeweiligen Objekte durchgeführt, zum Beispiel 1955 im Objekt 02 in nur vier von 35 Tagesschächten und Stollen, und waren jedenfalls nicht repräsentativ, berichtet Eigenwillig. Die Verwendung von Meßdaten müsse deshalb kritisch bewertet werden, vor allem weil sie zunehmend, etwa durch Mittelwertbildung für Schächte und Objekte zusammengefaßt werden. So weisen die heute verwendeten Tabellenwerke zum Teil Maximalwerte aus, die sogar unterhalb von Meßwerten liegen, zeigt Eigenwillig. Zudem habe es keine Langzeitmessungen gegeben und die Probennahmen und direkten Messungen seien bis 1990 diskontinuierlich gewesen, zum Beispiel nur einmal im Monat.

Repräsentative Meßwerte zur Ermittlung der individuellen Exposition waren bis 1990 nicht verfügbar, verwendet werden aber heute gemittelte und weitgehend zusammengefaßte Daten im Zuge einer nicht spezifizierten Konven-